



Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Vorbericht
107. Sitzung des Ausschusses für
Jugend, Soziales und Gesundheit
am 24. Mai 2017 in Voerde

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211 • 4587-1
Telefax 0211 • 4587-211
E-Mail: info@kommunen-in-nrw.de
Internet: www.kommunen-in-nrw.de

**TOP 8: Kostensteigerungen bei den Hilfen zur Erziehung –
Stadt Voerde**

BE: Geschäftsstelle/Bürgermeister Haarmann

Aktenzeichen: G 11.2 Me/La
Ansprechpartner:
Geschäftsführer Gerbrand
Hauptreferent Dr. Menzel
Durchwahl 0211 • 4587-241/234

8.1 Beschlussvorschlag:

Der Beschluss wird nach der Diskussion im Ausschuss formuliert.

8.2 Begründung:

Die Stadt Voerde hat auf erhebliche Kosten hingewiesen, die durch den Zuzug von Familien verursacht werden, in denen bereits vor dem Umzug nach Voerde eine Jugendhilfe gewährt wurde. In den Jahren 2013 bis 2016 sind folgende Kosten entstanden:

2013

9 Familien insg. 17 Kinder - Erstattung 132.580,- €

Die Zuzüge erfolgten aus den Städten Meerbusch, Dinslaken, Wesel, Rheinberg Duisburg und dem Kreis Soest.

2014

4 Familien insg. 8 Kinder - Erstattung 74.355,- €

Die Zuzüge erfolgten aus den Städten Dinslaken, Berlin, Viersen, Willich.

2015

6 Familien insg. 12 Kinder - Erstattung 144.438,- €

Die Zuzüge erfolgten aus den Städten Wesel, Langenfeld, Dinslaken, Rheinberg.

2016

12 Familien insg. 26 Kinder - Erstattung 175.409,- €

Die Zuzüge erfolgten aus den Städten Dinslaken, Wesel, Kleve, Steinfurt, Rheinberg, Essen, Bocholt und Duisburg.

In den Jahren 2013 - 2016 sind 31 Familien mit 63 Kindern nach Voerde verzogen, in denen bereits vor dem Umzug eine Hilfe zur Erziehung gewährt wurde.

Diese Umzüge verursachten eine Kostensteigerung an andere Städte und Kommunen in Höhe von 526.782,- € pro Jahr.

Die Stadt Voerde geht davon aus, dass diese Kosten zukünftig weiter steigen werden.

Nach Auffassung der Stadt Voerde ist es erstrebenswert, eine Anpassung der Regelungen zur Kostenübernahme vorzunehmen, da insbesondere kleine Städte wie Voerde die damit zusammenhängenden Belastungen kaum tragen könnten.